

Bürger — sollten auch die Mieter über Planung, Bauvorhaben und Baudurchführung informiert werden, damit sie sich an der Kontrolle beteiligen können. Dadurch könnten Investmittel, also Volksvermögen, sowie auch Baumaterialien eingespart werden. Die Bauleitung könnte Hinweise für eine bessere Arbeitsorganisation erhalten. — So mißachtete ein Baubetrieb an dem Objekt Greifenhagener Straße 23 / Wiehertstraße — Greifenhagener Straße 25/Rodenbergstraße das Sparsamkeitsprinzip. Bei dem Dachumbau wurde die vorgeschriebene Regenschutzplane nicht verwendet, so daß bei Mietern größere Wohnungsschäden entstanden sind, deren Beseitigung unnötige Gelder beansprucht. Der Bauleiter gab, als er auf diese groben Verstöße hingewiesen worden war, den Mietern zur Antwort: „Laßt es doch durchregnen, es wird alles wieder gemacht — das ist mit eingeplant!“

Ebenso wurde kein Schutz für die Fenster angebracht; dadurch sind unnötig viele Fensterscheiben zertrümmert worden.

Die Versammlungsteilnehmer forderten, daß hier energische Schritte, besonders hinsichtlich der materiellen Haftung der Schuldigen, unternommen werden müßten, damit bei den weiteren Arbeiten, die sich bis in das Jahr 1966 hinein erstrecken, kein Verschleudern von Volksvermögen mehr vorkommt.

Ein anderer Bürger wies darauf hin, daß manche Läden sehr oft renoviert werden, und auch dann, wenn noch keine Notwendigkeit bestehen würde. Als Beispiel nannte er den Kunstgewerbeladen (HO) Schönhäuser Allee / Wichertstraße. Können die Mittel nicht dort eingesetzt werden, wo sie dringend benötigt werden?

Das war seine Frage an die Abgeordneten.

Wofür zahlt die KWV das Geld für die Hauswirtschafterin, wenn sie schlechte Arbeit leistet und die Mieter zur Selbsthilfe greifen müssen? Diese Frage wollte ein Bürger aus der Greifenhagener Straße 45 beantwortet und geklärt wissen.

Bekanntlich hat sich das ökonomische Denken der Werktätigen in den Betrieben entwickelt, folglich hat sich dieses Denken auch auf die Bürger im Wohnbezirk in kommunalpolitischer Hinsicht übertragen. Denn was wurde schließlich von den staatlichen Organen, vom Rat des Stadtbezirks und seinen Mitarbeitern gefordert? Sparsamer Umgang mit Investmitteln — kluges Haushalten mit den Staatsgeldern — eine anständige Arbeit, bis zu den Reinigungskräften.

Die Hinweise der Bürger an die Volksvertreter galten allen Bereichen des örtlichen Lebens. Den Ausfallstunden in den Schulen ebenso wie dem Kinderspielplatz, den Kindergärten, den Ruhebänken oder dem Schlagloch auf dem Bürgersteig. Denn schließlich

Arbeitsgrundlage für den Wohnbezirksausschuß

Die Parteileitung der WPO 46/47 schätzte die Aussprache zwischen den Bürgern und ihren Volksvertretern als außerordentlich positiv ein. Nicht nur die Volksvertreter konnten für ihre Arbeit Schlußfolgerungen ziehen, sondern auch die neuen Kandidaten bekamen einen Einblick in ihre künftige Tätigkeit. Die Parteileitung empfahl dem Wohnbezirksausschuß:

1. Alle Hinweise, Vorschläge und Kritiken der Bürger aus den Häuserblockversammlungen protokollarisch zu erfassen und sie als Arbeitsgrundlage für die nächste Zeit zu nehmen. Dadurch bekommt die

hat auch das Schlagloch ökonomische Bedeutung: Der Arbeiter, der sich darin den Fuß verstaucht, fällt einige Tage in der Produktion aus. (Die Abgeordneten hatten versprochen, einiges mit dem Staatsapparat sofort zu regeln.)

Natürlich stand ebenfalls die große Politik — unsere nationale Mission — zur Diskussion, und die Bürger verstanden sehr wohl den Zusammenhang, der zwischen der Meisterung der technischen Revolution zur Stärkung unserer Republik und dem Lösen der vielen kleinen Dinge im örtlichen Bereich besteht. Und deshalb war man sich auch einig, daß größere Objekte (Straßenbeleuchtung usw.) entsprechend den zur Verfügung stehenden Mitteln erst geplant werden müssen und daß sie nicht von heute auf morgen in Angriff genommen werden können.

Entscheidend ist nun, daß die Bürger auf ihre Vorschläge eine klare, fundierte Antwort erhalten. Denn nichts stört die Zusammenarbeit von Abgeordneten und Wählern mehr, als wenn eine solche Antwort ausbleibt.

Tätigkeit der Nationalen Front einen konkreten, auf die Belange der Bürger bezogenen Inhalt, das politische Gespräch mit ihnen findet, wenn es in Verbindung eben mit diesen seinen Belangen geführt wird, eine größere Resonanz.

2. Die Volksvertreter zu ihren Sitzungen einzuladen.

Bereits vor dem 10. Oktober wertete der Ausschuß der Nationalen Front die Häuserblockversammlungen aus. Anwesend war ein Volksvertreter. Was wurde beraten und beschlossen?

Wenn nach der ersten Stadtbezirksversammlung festgelegt